

Mindestlohn I

Feste Stellen statt Minijobs

Arbeitsmarktexperten legen die erste offizielle Bilanz vor.



STEPHANIE PLUCK / DPA

Bauarbeiter in Berlin

Bislang hat der Mindestlohn keine negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung in Deutschland. Zwar sank mit der Einführung der gesetzlichen Lohnuntergrenze vor einem Jahr die Zahl der Beschäftigten, die ausschließlich Minijobs hatten, saisonbereinigt um 95 000. Aber rund 50 Prozent ihrer Billigjobs wurden in feste sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt. Zu diesem Ergebnis kommt der erste sogenannte Arbeitsmarktspiegel, den das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Auftrag der Bundesregierung erstellt hat, um die Auswirkungen des Mindestlohns zu untersuchen. Derzeit gibt es rund fünf Millionen Men-

schen, die ausschließlich in Minijobs arbeiten. Am stärksten ging die Zahl der Minijobs in Regionen und Branchen mit niedrigem Durchschnittslohn zurück. Zugleich entstanden dort überdurchschnittlich viele sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse. Insgesamt nahm die Arbeitslosigkeit nicht zu. Anders als es Kritiker gesetzlicher Lohnuntergrenzen zuvor befürchtet hatten, kam es dem IAB zufolge weder zu einem massiven Jobverlust – auch nicht im Osten des Landes – noch zu einer Benachteiligung einzelner Gruppen. Im Sommer 2016 wird das Institut einen neuen Bericht auf Grundlage einer noch größeren Datenbasis vorlegen. mad

Mindestlohn II

„Schreckensszenarien im Vorfeld“

Joachim Möller, 62, Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg, über falsche Prognosen und Sonderregelungen für Flüchtlinge

SPIEGEL: Herr Möller, noch vor einem Jahr prophezeiten viele Ökonomen, der Mindestlohn werde Hunderttausende Jobs vernichten. Nun zeigen auch Auswertungen des IAB, dass das nicht stimmt. Warum lagen so viele Wissenschaftler daneben?

Möller: Auch in anderen Ländern wie Großbritannien, in denen der Mindestlohn eingeführt wurde, gab es im Vorfeld Schreckensszenarien, die

sich nicht bewahrheitet haben. In Deutschland zeigt sich: Unter dem Strich hat der Mindestlohn der weiterhin guten Arbeitsmarktentwicklung offenbar nicht entgegengestanden.

SPIEGEL: Experten wie etwa die des Ifo-Instituts hatten befürchtet, es könnten bis zu einer Million Jobs verloren gehen. Waren solche Prognosen ideologisch geprägt?

Möller: Manche meiner Kollegen haben ein einseitig negatives Bild von Lohnuntergrenzen, weil sie einige Besonderheiten des Arbeitsmarkts außer Acht lassen. Sie gehen davon aus, dass zwangsläufig Beschäftigung verloren geht, wenn ein

Preis gesetzt wird, der über dem Gleichgewichtsniveau des Markts liegt.

SPIEGEL: Warum ist das falsch?

Möller: So funktioniert der Arbeitsmarkt nicht. Es gibt viele Effekte, die der Mindestlohn auslöst, die aber von der klassischen Theorie nicht abgebildet werden: Personen, die besser bezahlt werden, sind motivierter und wechseln nicht so oft den Job. Auch Unternehmen können daher profitieren, wenn sie ihre Leute besser bezahlen. Deswegen sind die Mindestlohneffekte andere, als man es erwartet, wenn man ein schlichtes Preismodell im Kopf hat.

SPIEGEL: Die Wirtschaftsweisen und andere Experten fordern, den Mindestlohn für Flüchtlinge zeitweise auszusetzen. Wäre das klug?

Möller: Ich halte solche Sonderregelungen für Flüchtlinge nicht für sinnvoll. Wer in Deutschland zunehmend fehlt, sind qualifizierte Fachkräfte – und nicht etwa billige Hilfskräfte. Es gibt schon heute viele arbeitsmarktpolitische Instrumente, die gut für Flüchtlinge passen. Man muss sie nur nutzen. Bei einer Einstiegsqualifizierung etwa kann der Mindestlohn für ein Jahr ausgesetzt werden. Das ist ein guter Weg, um junge Flüchtlinge auf eine duale Ausbildung vorzubereiten. Mit generellen Ausnahmen vom Mindestlohn würde man nur gefährliche Vorbehalte schüren. cos



REINER ZENSEN / CARO